

Sehr geehrter Herr Braunschweig

Sehr geehrte Gäste des Salons TheoPhil

((Einleitung))

Sie haben mich überrascht, Herr Braunschweig, als Sie mich zum heutigen Treffen in den Salon eingeladen haben. Sie haben mich nachdenklich gemacht, als ich mir überlegte, was ich Ihnen heute näherbringen könnte. Sie haben bei mir aber auch eine Art «Introspektive» ausgelöst.

((Introspektive))

Diese Sicht nach Innen möchte ich Ihnen in einem ersten Teil meiner Überlegungen aufzeigen.

Dazu muss ich einen grösseren Schritt zurück machen und Ihnen erklären, warum ich Politiker geworden bin.

Wie einige von Ihnen bereits wissen, haben die Aktionäre der Softwarefirma, die ich zusammen mit Partnern 1987 gründete, die Firma im Jahr 2014 verkauft. Damit war mein Unternehmertum aber nicht zu Ende. Ich engagierte mich in einigen Verwaltungsräten, half anderen Unternehmern

und startete neue Projekte. Ich war immer mit meiner Region verbunden und war Mitglied und auch Präsident im «Conseil du Jura bernois», im Grossen Rat und in dessen Gesundheits- und Sozialkommission GSoK sowie im Gemeinderat in Champoz.

Nein, ich war nicht unterbeschäftigt. Ganz im Gegenteil. Ich schätze die grosse Abwechslung und einen hohen Arbeitsrhythmus.

Für die Regierungsrats-Ersatzwahlen im Jahr 2016 kam meine Partei auf mich zu und fragte an, ob ich mich als Regierungsratskandidat aufstellen lassen würde.

Ich muss gestehen: in meiner Familie haben wir oft beim Mittag- oder Abendessen und an Sonntagen politisiert. Zwei unserer vier Kinder sind sehr aktiv, vertreten klare Meinungen und haben mich überzeugt, an den Ersatzwahlen teilzunehmen.

Für die Medien war das eine grosse Überraschung, für einige Parteien auch, für meine Landsleute aus dem Berner Jura war es eine Freude und für viele Wähler im Kanton anscheinend auch, sonst wäre ich jetzt nicht hier.

\* \* \* \* \*

**((Der Unternehmer, Der Politiker, Der Christ))**

Als ich das Amt als Gesundheits- und Fürsorgedirektor antrat, wurde mir rasch klar, dass in dieser Direktion seit einiger Zeit ein Reformstau herrschte.

Wie heisst das Sprichwort: «Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit!» Das wollte ich nicht zulassen und packte sofort an.

Ich konnte mein Wissen und meine Erfahrung aus dem Unternehmertum nun gut gebrauchen, denn was anstand bezeichnen wir heute auf Neudeutsch einen «Change».

Change-Management war ich mir gewohnt und ist in der Softwarebranche eigentlich ein Dauerthema, denn die Technik entwickelt sich in einem enormen Tempo. Daher machte mir dieser Reformstau keine Angst, sondern spornte mich an, das Beste für die Bevölkerung des Kantons Bern zu tun.

Der amerikanische Historiker Alfred Chandler prägte den Satz: «Structure follows strategy». Diesen Satz hat die moderne Betriebswirtschaft ergänzt und stellt noch die «Vision» in den direkten Bezug: Also lautet er in der neuen Fassung: «Structure follows strategy and strategy follows vision».

Meine Damen und Herren

Der Regierungsrat hat mit seinen Richtlinien zur Regierungsarbeit für die Jahre 2019 – 2022 die Ziele für die kommenden Jahre festgelegt. Aber gleichzeitig hat er auch eine Vision für den Kanton Bern entwickelt, die bis ins Jahr 2030 reicht.

Sie sehen, der Kanton Bern hat eine Vision. Und wenn wir die Vision angehen wollen, dann brauchen wir dazu Strategien, die sich umsetzen lassen. Und diese Strategien münden in Massnahmen. Diese müssen von den Direktionen kommen und in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten umgesetzt werden. Und wenn es dazu Strukturanpassungen braucht, dann gehen wir diese an.

\* \* \* \* \*

Haben Sie etwas bemerkt? Der Unternehmer und der Politiker arbeitet nach den gleichen Methoden.

Der selbstlose, zukunftsgerichtete Politiker ist Strategie für die nachkommenden Generationen. Denn er möchte das Beste für die Einwohnerinnen und Einwohner und er ist sich der Chancen und Risiken bewusst, die seine Entscheide auslösen können.

In Abwägung aller Faktoren wird er die nötigen Entscheide treffen, die nicht mit einem kritiklosen Status-Quo-Denken und der Popularität für die nächsten Wahlen

zusammenhängen, sondern die einen weiter reichenden Nutzen haben. Kurzfristiges (Profit-)Denken sollte einem Politiker fremd sein.

\* \* \* \* \*

((Vergleich mit Prophet Moses))

Ich möchte einen Vergleich anstellen zum Propheten Moses, was Sie mir im *Salon TheoPhil* hier im Berner Münster, vis-à-vis des Mosesbrunnen auf dem Münsterplatz, sicherlich gestatten.

Moses führe das Volk Israel aus der ägyptischen Sklaverei in die Freiheit, zurück in die Heimat. Das Alte Testament schildert uns eine starke Führungspersönlichkeit, die sich demütig vor Gott zeigt, aber entschlossen und willensstark in seiner Aufgabe und Verantwortung steht. Er kann dem Volk in der Fremde eine Vision aufzeigen, er entwickelt eine Strategie und er setzt die Strategie um. Mit den 10 Geboten vermittelt er im göttlichen Auftrag die ethischen Grundsätze des Zusammenlebens auf der ganzen Welt, die noch heute gelten.

Sogar der 40-jährige Aufenthalt in der Wüste wäre heute im modernen «Change-Management» mit den Worten «Mind-Change» zu umschreiben. Was so viel bedeutet, als dass es eines Gesinnungswandels bedarf, damit auch ein

Verhaltenswandel eintritt. Bei vielen Menschen braucht es dazu ein einschneidendes Erlebnis, damit sie angestammte Wege verlassen und einen Ausbruch aus der gewohnten Umgebung wagen. Durch die Strapazen der Wanderjahre in der Wüste und durch die lange Zeitspanne der Wanderung, war dieser *Mind-Change* möglich. Zudem waren in dieser Zeit zwei neue Generationen geboren worden und herangewachsen. (Das macht vielleicht die Führungsarbeit einfacher, möchte ich als Randbemerkung beifügen.)

Heute würde man sagen: «Moses hatte Leadership»! Wäre er kurzfristigem Profitdenken verfallen gewesen, hätte auch er um das goldene Kalb getanzt und wäre seinen Überzeugungen nicht sein ganzes Leben lang treu geblieben.

\* \* \* \* \*

**((Christliche Werte in die Zukunft tragen))**

Was Moses mit den 10 Geboten geschafft hat, müssen wir Politiker und Unternehmer in vielen Seminaren, durch Coachings, bei Mitarbeiteranlässen und durch die stetige Pflege der Arbeits- und Unternehmenskultur Schritt für Schritt erarbeiten. Wenigstens in den Ansätzen, denn mit den 10 Geboten, mit ihrer Einfachheit, Prägnanz und Menschenkenntnis kann niemand konkurrieren. Aber man kann sie als Basis des Zusammenlebens von Menschen

nutzen und sie an die heutige Epoche anpassen. Das christliche Abendland hat dabei einen Vorteil, denn während vieler Jahrhunderte wurde der Glaube nicht in Frage gestellt. Religion schon – der Glaube nicht.

Sogar die Bundesverfassung beginnt mit den Worten (erlauben Sie mir einen Abstecher in meine Muttersprache):

«Au nom de Dieu Tout-Puissant!

Le peuple et les cantons suisses,

conscients de leur responsabilité envers la Création,

résolus à renouveler leur alliance pour renforcer la liberté, la démocratie, l'indépendance et la paix dans un esprit de solidarité et d'ouverture au monde,

déterminés à vivre ensemble leurs diversités dans le respect de l'autre et l'équité,

conscients des acquis communs et de leur devoir d'assumer leurs responsabilités envers les générations futures,

sachant que seul est libre qui use de sa liberté et que la force de la communauté se mesure au bien-être du plus faible de ses membres,

arrêtent la Constitution que voici: »

((Der Staat ist sich der christlichen Wurzeln bewusst))

Meine Damen und Herren

Der Staat ist sich seiner christlichen Wurzeln bewusst. Kann es falsch sein, das christliche Gedankengut in die Arbeit des Politikers einfließen zu lassen? Warum soll eine christliche Überzeugung nicht mit politischen Handlungen vereinbar sein?

Sind wir als Politiker nicht geradezu aufgefordert, das Zusammenleben der Menschen in unserem Kanton zu organisieren, die nötigen Gesetze und Vorschriften zu erlassen, dabei aber auch die Freiräume so weit wie möglich zuzulassen, und für alle Bevölkerungsschichten nach Lösungen für ein menschengerechtes Leben zu suchen?

Ist dies nicht zutiefst christlich?

Wie eingangs dargestellt, sehe ich meine Rolle als Politiker nicht als «Feuerwehrmann», sondern als Teil der Entwicklung für einen lebenswerten, starken Kanton Bern, der auch für die nachfolgenden Generationen ein idealer Ort zum Wohnen, Arbeiten und für die Freizeit bleiben soll.

\* \* \* \* \*

Selbstverständlich nimmt das Tagesgeschäft einen grossen Teil meiner Zeit in Beschlag. Als Gesundheits- und

Fürsorgedirektor befasse ich mich mit Themen, die sehr nahe am Menschen sind.

Was gibt es wertvolleres als die Gesundheit?

Was gibt es wichtigeres als die Familie?

Es ist auch sehr wichtig, dass wir für die Menschen, die in Not geraten sind, Angebote zur Verfügung stellen, damit sie möglichst rasch wieder am täglichen Leben teilhaben können.

Oftmals müssen wir sofort handeln, damit den Menschen geholfen werden kann. Wir arbeiten in der operativen Umsetzung mit den Gemeinden, Gemeindeverbänden und auch mit privaten Institutionen zusammen. Diese Zusammenarbeit verbessern wir laufend, damit wir Kapazitäten schaffen für neue Aufgaben.

\* \* \* \* \*

((Arbeitsintegration))

Meine Damen und Herren

Ein Thema, das uns sehr beschäftigt ist die Integration.

Die Schweiz beweist seit ihrem Bestehen einen grossen Integrationswillen. Wie sonst wäre die Eidgenossenschaft zustande gekommen?

Die Eidgenossenschaft hat unterschiedliche Bevölkerungsteile zusammengeführt und hat sprachliche und kulturelle Barrieren überwunden, um ein friedliches Zusammenleben möglich zu machen. Die Integration der Kantone und der Bevölkerung ist geglückt, weil ein Anreiz bestand: die Gemeinschaft bot Schutz und stärkte jedes einzelne Mitglied. Der Abbau von kantonalen Beschränkungen und die Schaffung der übergeordneten Bundesgesetze vereinfachte das Zusammenleben, ohne dass die Kantone auf ihre Individualität verzichten mussten. Einheit in der Vielfalt. Ein Erfolgsrezept.

Die Schweiz steht heute vor einer grossen Herausforderung, denn in den kommenden Jahren werden wir all jene Menschen integrieren müssen, die in den vergangenen Jahren mit den grossen Flüchtlingsströmen in unser Land gekommen sind.

Der Bund rechnet schweizweit mit 24'000 Asylgesuchen pro Jahr. Für den Kanton Bern bedeutet dies, dass er rund 1'800 Personen mit laufenden Asylverfahren und rund 1'100 vorläufig Aufgenommene pro Jahr übernehmen muss. Dazu kommen rund 1'900 Ausreisepflichtige.

Diese Integrationsaufgabe wird nicht leicht.

Ich werde regelmässig drauf hingewiesen, dass die verschiedenen Organisationen und verantwortlichen Stellen zwar das gleiche Ziel vor Augen haben, sich aber über den

Weg zur Zielerreichung nicht einig sind. Jeder zieht an seinem eigenen Strick und verteidigt seine eigenen Interessen, anstatt dass man gemeinsam nach Lösungen für die Bevölkerung suchen würde und nicht für die eigene Organisation.

Aber genau das geschieht bei der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Partnern und Leistungserbringern. Hier herrscht Koordinationsbedarf, den wir auf Kantonsebene angehen werden. Hier können wir konkret eingreifen und den Menschen in den Mittelpunkt stellen; nicht Prozesse und Partikularinteressen.

Ganz wichtig wird auch die engere Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Es ist kontraproduktiv, wenn Firmen und Unternehmen von verschiedensten Seiten angegangen werden, wenn Integrations-Arbeitsplätze gesucht werden. Auch hier will der Kanton stärker eingreifen, denn die Arbeitsintegration ist der Schlüssel für einen erfolgreichen Start in ein neues Leben.

\* \* \* \* \*

Über 80 Prozent der Personen aus dem Asylbereich schaffen heute den Schritt heraus aus der Sozialhilfe nicht. Auch die ersten fünf, respektive sieben Jahre, wenn die Menschen unter der Verantwortung des Bundes stehen, bringen nicht die gewünschten Resultate. Und dies trotz

einer Vielzahl von sehr kostenintensiven Massnahmen.  
Dies ist nicht, was ich mir unter Integration vorstelle.

Wir müssen die Leute dazu bewegen, sich bei uns zu integrieren, und dazu gehört eine Erwerbstätigkeit. Das ist nicht einfach, das braucht Motivation, Energie und Durchhaltewillen.

Sie kennen in der Bibel das Gleichnis der Talente. Die drei Knechte erhalten von ihrem Herrn Talente, damals ein Geldbetrag, in unterschiedlichem Ausmass. Die Erwartung an sie besteht, aus den ihnen anvertrauten Talenten etwas zu machen. Der eine Knecht vergräbt sein Talent und macht nichts daraus, was nicht gut herauskommt. Zum christlichen Menschenbild gehört es, aus seinen Talenten etwas zu machen, und diese zu vermehren, auch wenn man damit vielleicht weniger grosszügig ausgestattet wurde. In diese Richtung arbeite ich, nicht nur bei der Integration im Asylbereich.

\* \* \* \* \*

**((Projekt NA-BE))**

Der Kanton Bern hat die Integrationsagenda des Bundes im grossen Projekt «NA-BE» aufgenommen. Mit der Neustrukturierung des Asyl- und Flüchtlingsbereichs werden neue Wege für eine rasche Integration beschritten.

Ab 1. Juli 2020 sollen regionale Partner in fünf Regionen des Kantons Bern die operative Gesamtverantwortung für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge übernehmen. Vom Zuweisungszeitpunkt an den Kanton Bern bis zur finanziellen Selbständigkeit (oder bis zum Übergang in die kommunale Zuständigkeit) obliegen dem regionalen Partner die Leistungsbereiche Integrationsförderung, Unterbringung, Fallführung und Betreuung sowie Sozialhilfe. DAS nenne ich klare Verantwortlichkeiten.

Die Arbeit der regionalen Partner soll vor allem auf die sprachliche und berufliche Integration ausgerichtet sein. Um auch einen klaren finanziellen Anreiz zu schaffen, werden die Aufwendungen erfolgsabhängig abgegolten.

\* \* \* \* \*

Ich möchte die wichtigsten Massnahmen nochmals kurz darstellen:

Ein Ziel ist, dass alle vorläufig Aufgenommenen und Flüchtlinge spätestens drei Jahre nach ihrer Einreise über sprachliche Basiskenntnisse zur Bewältigung des Alltags verfügen. Deshalb richtet der Kanton Bern den Fokus auf den Erwerb von anerkannten Sprachzertifikaten. Die regionalen Partner werden mit der Aufnahme ihrer Arbeit zudem vermehrt auf integrative Didaktik sowie den Einsatz

von digitalen Medien setzen, um die Sprachförderung rasch voranzutreiben.

Kinder im Alter von 0 – 5 Jahren sollen sich beim Start der obligatorischen Schulzeit in der am Wohnort gesprochenen Sprache verständigen können. Für den Kanton Bern bedeutet das entweder Deutsch oder Französisch. Wir setzen hierzu auf die familienergänzende Kinderbetreuung in Kindertagesstätten oder bei Tageseltern. Durch die Mitfinanzierung der Kosten fördert der Kanton die direkte Integration und ein gemeinsames Lernen mit gleichaltrigen Kindern.

Ein weiteres Ziel ist die rasche Integration von jungen Erwachsenen in Ausbildungsangebote und von Erwachsenen in den ersten Arbeitsmarkt. Dafür stellt der Kanton Bern bereits jetzt schon im schulischen Bereich Brückenangebote zur Verfügung und finanziert Fachkurse und Angebote zur Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. Für die regionalen Partner ist es sehr wichtig, dass sie diesen Zugang zum Arbeitsmarkt sicherstellen und ausbauen. Wir geben den Partnern hohe unternehmerische Freiheiten, erwarten aber sowohl bei der Qualifizierung der integrationswilligen Personen als auch in der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft neue Ansätze, Wege und Massnahmen.

Nach dem Motto: Fordern und Fördern wollen wir möglichst vielen Menschen den Weg in den Arbeitsmarkt ermöglichen.

Dass dazu auch bestehende Gesamtarbeitsverträge diskutiert werden müssen, ist klar. Nehmen wir als Beispiel das Teillohn-Modell. Es funktioniert nur, wenn von allen Seiten der Wille zum Erfolg gezeigt wird – von der Wirtschaft, der Politik, den Gewerkschaften und den Direktbeteiligten.

Es ist wichtig, dass wir über bestehende Grenzen hinweg denken.

Nicht alle 47-Tausend Menschen, die von uns unterstützt werden, können in diese Arbeitsintegrationsmassnahmen eingebunden werden, das ist mir klar. Aber jeder Mensch, den wir auf diese Art wieder in den Arbeitsmarkt integrieren können, ist ein Gewinn für die gesamte Gesellschaft.

Ich bin überzeugt, dass das Zusammenspiel von Sozialhilfe, Wirtschaft und Arbeitsmarktintegration der einzige Weg ist, um einem überproportionalen Wachstum in der Sozialhilfe dauerhaft entgegen zu wirken.

\* \* \* \* \*

((Die Unterstützung des Nächsten ist nicht mehr selbstverständlich))

Meine Damen und Herren

Muss der Staat die Nächstenliebe offiziell regeln?

Kommt die Nächstenliebe aus einer persönlichen Überzeugung oder aus einer staatlichen Vorschrift?

Wussten Sie, dass die Stadt St. Gallen ein Zeitgutschriftenkonto eingeführt hat, das über «freiwillige» Unterstützungsarbeit aufgefüllt werden kann? Dieses Zeitguthaben kann die Person im Bedarfsfall für ihre eigene Pflege später wieder einsetzen. Wie weit ist es die Rolle des Staates, die Hilfe am Mitmenschen zu regeln?

Neudeutsch heisst Nächstenliebe im Betreuungssektor nun «Caring Community». Unsere Gesellschaft definiert sich über Individualismus und Mobilität. Die Familienstrukturen verlieren an Bedeutung und die Nachbarschaftshilfe hat ausgedient. Also soll der Staat diese Rolle übernehmen.

Das ist kein gangbarer Weg für die Zukunft, meine Damen und Herren. Das Menschsein kann nicht vom Staat allein geregelt werden.

\* \* \* \* \*

((Schluss))

Zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich noch einen Vergleich anstellen:

Das Gesundheits- und Sozialwesen des Kantons Bern ist ein komplexes System. Stellen Sie sich ein «Mikado-Spiel» vor: Wenn man an einem Ende etwas bewegt, bringt man oft das ganze Spiel in Bewegung.

Die Herausforderungen an die Politik und an die Leistungserbringer sind gross und vielfältig. Oftmals tritt der Kanton nicht in den Vordergrund, sondern finanziert im Hintergrund viele der Leistungen mit, die der Bevölkerung zu Gute kommen. Sichtbar sind dann die Beratungs- und Kontaktstellen, die Fachorganisationen und viele weitere Angebote, die der Kanton unterstützt. Das alles ist nur dank der Politik möglich. Das verlangt von uns grösste Rücksichtnahme und umsichtiges Handeln.

Ich möchte mit folgender Überlegung abschliessen:

Wir – als Gesellschaft und als eigenverantwortliche Menschen – können das heutige System noch 15 bis 20 Jahre ohne Anpassungen weiter betreiben. Wir können jährlich rund 5 Prozent mehr Mittel in das System investieren. (Manchmal werden wir wahrscheinlich auch mehr brauchen.) Solange die Einnahmen des Kantons gleich stark ansteigen, kann dies möglich sein. Berechnen Sie jedoch einmal die Krankenkassenprämien, die Ihre

Enkelkinder zu bezahlen haben werden, wenn wir das System nicht ändern. Oder stellen Sie sich mittelfristig die Sozialhilfekosten vor, wenn im Kanton Bern jährlich über 1000 Personen zusätzlich im System zu versorgen sind.

Wir können nichts unternehmen und die Arbeit den nachfolgenden Generationen überlassen.

Aber das wäre reiner Egoismus, das wäre nicht zum Wohle der Bevölkerung und könnte von mir als Politiker nicht verantwortet werden.

Herzlichen Dank, dass Sie mich eingeladen haben.

Merci beaucoup !

**((nächster Programmpunkt: Diskussion))**